

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Robert Libetz, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: W. u. S. Hablan, Magdeburg. Verlag von Hermann G. Schumann, Magdeburg. Druck von Franz Schumacher & Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Salomonstraße 49, Fernsprecher 1887. Redaktion: Dr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 951. — Prämienliste zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Der Anzeiger in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.80 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Volkswarten 2.25 zgl. Beleggeld. Einzeln: Nummern 5 Pf., Sonntags- und Wochenschriften 10 Pf. — In der Expedition für die sechswohltägige Beilage 15 Pf. — Voll-Belegkarte Mk. 5.00

Nr. 158.

Magdeburg, Freitag den 10. Juli 1903.

14. Jahrgang.

Dreißig Jahre Goldwährung.

Seute, am 9. Juli, sind es dreißig Jahre her, daß im Deutschen Reiche die Goldwährung zur Einführung gelangte. Keinen Zweifel gab es nach Gründung des Deutschen Reiches, daß wir an Stelle der verschiedenen Münzsysteme der Einzelstaaten einheitlicher Währungsverhältnisse bedürften; eine Diskussion konnte nur darüber Platz greifen, welches System zur Einführung gelangen sollte: Goldwährung, Silberwährung oder Doppelwährung.

Die Silberwährung konnte ernstlich nicht in Betracht kommen. Mit der Höherentwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die alle wirtschaftlichen Verhältnisse der Menschen auf Kauf und Verkauf stellte, wurde das Silbergeld in seinen plumpen Massen zu un bequem. Die Frage war daher von vorn herein: Goldwährung oder Doppelwährung, (letztere mit einem Fremdwort oft als „Bimetallismus“ bezeichnet).

Man entschied sich für die Goldwährung, d. h. man beschloß: Die vom Reiche an Stelle der Landeswährung eingeführte Reichswährung bestehe aus zwei Gattungen von Münzen, Reichsgoldmünzen und Reichsscheidemünzen. Nur den ersteren kommt der Charakter als Geld vollständig und unbedingt zu; Reichsscheidemünzen dagegen sind grundsätzlich nur zu Zahlungen von geringfügigen Beträgen und zur Zahlung der in Goldmünzen nicht zahlbaren Restbeträge bestimmt. Niemand ist verpflichtet, Reichsilbermünzen im Betrage von mehr als 20 Mark und Reichsnickel- und Kupfermünzen im Betrage von mehr als einer Mark in Zahlung zu nehmen. Hieron besteht gegenwärtig noch eine Ausnahme, indem die Talerscheide deutsche Gepräge im gesamten Bundesgebiet den Reichsgoldmünzen unter Verrechnung des Talers zu 3 Mark gleichgestellt sind. Taler wurden seit 1873 nicht neu geprägt.

Das Reich ist verpflichtet, Reichsscheidemünzen gegen Reichsgoldmünzen umzutauschen. Von allen Reichs- und Landesklassen werden Reichsilbermünzen in jedem Betrage in Zahlung genommen; an gewissen vom Bundesrat zu bezeichnenden Klassen werden Reichsilbermünzen in Beträgen von mindestens 200 Mark und Reichsnickel- und Kupfermünzen in Beträgen von mindestens 50 Mark auf Verlangen gegen Reichsgoldmünzen gewechselt.

Mit diesem Zustand waren die Konservativen nicht einverstanden, wenigstens seit dem Jahre 1879 nicht mehr. Sie verlangten die Rückkehr zur Doppelwährung; d. h. die Scheidemünzen sollten als vollwertiges Geld betrachtet werden; jeder sollte seinem Gläubiger gegenüber verpflichtet sein, Reichsilbergeld in jeder beliebigen Höhe in Zahlung zu nehmen; die Reichskassen sollten zum Umtausch von Reichsilbergeld in Goldgeld nicht mehr verpflichtet sein.

Um die Bedeutung der Währungsfrage für das Volk zu verstehen, muß man sich darüber klar sein, daß das Geld an sich nichts anderes ist wie eine Ware. Nichts ist es nicht billig, sondern alles kann immer nur im Vergleich mit andern teuer und billig sein. Wenn ich z. B. sage: Für 10 Pf. bekommt man ein Glas Bier!“, so sage ich damit auch: Für ein Glas Bier bekommt man 10 Pf.“ Das ist nämlich durchaus nicht allen klar, sonst würde die Währungsfrage ein größeres Verständnis im Volke finden, als dies tatsächlich der Fall ist.

Die Preise richten sich bekanntlich nach Angebot und Nachfrage. Vermindert sich der Vorrat und steigt der Bedarf an Bier, so wird das Bier teurer werden; d. h. man wird etwa nur noch für 15 Pf. ein Glas Bier bekommen. Dasselbe wird aber der Fall sein, wenn das Bier an sich nicht teurer geworden ist, sondern das Geld billiger. Wenn das Geld unsers Vaterlandes nicht mehr in so hohem Maße gesucht wird, aber doch in höherem Maße vorzuzug ist, wird es an Zahlungswert verlieren; die Preise der andern Waren müssen steigen, wenn der Preis des Geldes sich verringert.

Als die Taler geprägt wurden, war 1 Pfund Gold so viel wert wie 15½ Pfund Silber. Jetzt ist 1 Pfund Gold ungefähr so viel wert, wie 31 Pfund Silber; der Preis eines Silberstückes von der Größe eines Talers beträgt ungefähr 1 Mark 20 Pf. Die Ursache dieses Preisrückganges des Silbers ist hauptsächlich in der beendigten ungetreuen Zunahme der Silberproduktion zu suchen.

Wenn der Staat durch Gesetz jeden, der Anspruch auf eine Geldsumme hat, zwingt, minderwertiges, billiges Geld dafür anzunehmen, so steigen dadurch naturgemäß die Preise. Das deutsche Geld würde teurer, die Preise würden also billiger sein, wenn die Taler nicht eintertierten oder ebenso Scheidemünzen wären, wie die andern Silbermünzen. Uebersehen darf man natürlich die Bedeutung der Taler nicht; denn diese sollten nach dem Gesetz von 1873 nur so lange Zahlungskraft haben, bis sie, zu Waren eingehandelt, in genügenden Mengen auf dem Edelmetallmarkt abgestoßen und durch Gold ersetzt wären. Durch ein Gesetz vom 6. Januar 1876 wurde obendrein der Regierung das Recht eingeräumt, die Taler jederzeit als Scheidemünzen zu erklären. — Im Jahre 1873 gab es in Deutschland Taler im Nennwert von ungefähr 1.040.000.000 Mark. Bis zum Jahre 1879 waren Taler im Nennwert von 400.000.000 Mark eingeschmolzen und als Silber für 587.200.000 Mark verkauft, also mit einem Verlust von 73.200.000 Mark. Aus finanziellen Gründen stellte die Regierung nunmehr die weiteren Silberverkäufe ein, da der Silberpreis immer mehr sank.

Für die Einführung der Doppelwährung traten drei Interessengruppen ein: die Besitzer von Silberbergwerken, diejenigen Großindustriellen, die nach Silberländern exportieren und die Agrarier. Wie man jetzt, falls man glücklicher Besitzer von Gold ist, durch die Münzhütten sein Gold stets in Geld verwandeln lassen kann, so würde nach Einführung der Doppelwährung der Besitzer von Silber das gleiche tun können. Die heutigen Silberbergwerkbesitzer im Mansfelder Bezirk würden also den Silberpreis sofort weit mehr als verdoppeln können. Ein Silberstück, das in der ganzen Welt nur 1 Mark 20 Pf. wert ist, würden sie sich in 3 Mark umprägen lassen; in Deutschland müßte es als 3 Mark-Stück jederzeit abgenommen werden.

Die meisten Staaten sind England und Deutschland gefolgt und haben die Goldwährung durchgeführt, oder doch angebahnt. Fast nur nach Indien kommt als Silberland wesentlich in Betracht. Fabrikanten, die nach Indien exportieren, bekommen ihre

Rechnungen in Silber bezahlt. Wenn sie nun auch den Preis dementsprechend festsetzen, so bekommen sie ihre Ware natürlich fast stets erst lange nach Lieferung bezahlt und sind infolge des ständigen Sinkens des Silberpreises oft gezwungen, Würden sie das Silber in Deutschland in vollwertiges Geld ummünzen lassen können, so würde ihr Profit natürlich erheblich steigen.

Die Agrarier treten für die Doppelwährung zunächst ein, um ihre Hypothekengläubiger zu betrogen. Gätten wir Doppelwährung, so würden die Junker im Auslande Silber kaufen und in Deutschland prägen lassen. Das Geld wäre entwertet; die Gläubiger müßten sich bequemen, ihre Ansprüche auf weniger als die Hälfte zu reduzieren; der Staat würde sie zwingen, Silbermünzen, die etwa 120 Mark wert sind, als 300 Mark in Empfang zu nehmen.

Außer der Rücksicht auf ihre Schulden veranlaßt ihre bewusste Brottüchelpolitik die Konservern, die Doppelwährung zu verlangen. Billiges Geld und teure Ware — das ist ja gerade das, was die Junker gebrauchen. Graf Mirbach sagte am 15. Februar 1886 im Reichstage:

„In einem Artikel der „Münchner Neuesten Nachrichten“ heißt es: „Alle Lebensbedürfnisse steigen infolge der Erhöhung der Silberpreise sofort im Preise, während die Arbeitslöhne nur langsam nachfolgen.“ Ja, meine Herren, das ist das, was wir eben anstreben!“

Die Doppelwährung wäre in der Tat — wenn wir von der weniger interessanten Benachteiligung bürgerlicher Preise absehen — ein Raubzug gegen die Arbeiter und Keinen Beamten, denen die Lebensmittel- und sonstigen Warenpreise noch mehr verteuert würden, als dies schon durch die Zölle und die indirekten Steuern geschieht. Brot und Fleisch, Wohnung und Kleidung würden unerschwinglich teuer werden.

Die Währungspolitik der Sozialdemokratie war infolgedessen von vornherein gegeben. Das Proletariat mußte dafür eintreten, die reine Goldwährung zur Durchführung zu bringen. Ohne untre, den Wert des deutschen Geldes vermindern den Taler, die man für 3 Mark in Zahlung nehmen muß und die längst nicht mehr die Hälfte wert sind, würde das deutsche Geld einen höheren Kurs im In- und Auslande haben. Das Vorhandensein der Taler wirkt drückend auf den Wert des deutschen Geldes ein; ohne die Taler würde man für eine bestimmte Geldsumme etwas mehr Ware bekommen können, wie jetzt.

Einige internationale Münzkongresse und ebenso eine deutsche verließen resultatlos; weitere derartige Versuche lehnte die deutsche Regierung ab, und im Jahre 1899 tat der Bundesrat, was die Sozialdemokratie stets verlangt hatte: er legte einen Entwurf vor, welcher auf allmähliche Einführung der reinen, an Stelle der bisherigen hinfenden Goldwährung hinausläuft. Unsere Genossen retteten die Vorlage, welche von den Konservern und Antisemititen heftig bekämpft wurde, als ausschlaggebende Partei bei der Endabstimmung.

Die Taler wird man natürlich los, wenn man sie in Scheidemünzen umprägen läßt. Bisher durften aber stets nur für höchstens 10 Mark Scheidemünze pro Kopf der Bevölkerung im Umlauf sein. Die Regierung schlug vor, ihr zu gestatten, so viel Scheidemünzen prägen zu lassen, daß höchstens 14 Mark pro Kopf der Bevölkerung kursieren. Unsere Genossen, und mit ihnen der Reichstag, gingen, um gründlich zu arbeiten, darüber hinaus und setzten die Höchstgrenze auf 15 Mark pro Kopf fest.

Die Konservern und Antisemiten bekamen es fertig, vorzuschlagen, daß zu der geplanten Neuprägung von Scheidemünzen Silber gekauft werde; dies wurde zwar abgelehnt, leider gelang aber die Beschleunigung der Talerbeseitigung nicht in dem Maße, wie unsere Genossen es wünschten und wie die Regierung es einzuräumen bereit war. Zwar konnten die Konservern und Antisemiten nicht verhindern, daß beschlossen wurde, die Vermehrung der Scheidemünzen durch Umprägung von Talern zu erzielen, aber die Regierung hatte vorgeschlagen, einen Teil der Taler zu verkaufen. Dreißig Taler enthalten so viel Silber wie 100 Mark (nicht 90 Mark) Scheidemünze. Die Regierung schlug vor, nur je 30 Taler in 90 Mark Scheidemünze zu verwandeln und den Rest zu veräußern. Leider verhinderten die Konservern, die Antisemiten, das Zentrum und die Nationalliberalen die Annahme dieses Vorschlags. Immerhin ist das Verschwinden des Talers nur noch eine Frage der Zeit.

Die Konservern und Antisemiten suchten von ihren Währungsplänen noch möglichst viel zu retten, indem sie vorschlugen, jeder Gläubiger solle in Zukunft nicht mehr nur bis zu 20, sondern bis zu 100 Mark in 5 Mark-Stücken anzunehmen gezwungen sein; indes fiel auch dieser Antrag der Silberleute durch. — Eine von unsern Genossen bekanntlich und für den reaktionären Geist des Reichstags immerhin bedeutsame, wenn auch praktisch belanglose Vorbeugung vor dem Bimetallismus war es, daß der Reichstag sich bereit erklärte, für internationale Doppelwährung einzutreten, also zum Bimetallismus überzugehen, falls alle Länder es tun. Würde das geschehen, so würden in allen Ländern die Warenpreise steigen: an die Verwirklichung solcher Pläne glaubt aber kein Mensch, zumal alle Länder — wir erinnern nur an die Vereinigten Staaten, ja selbst Mexiko — sich immer mehr von dem weißen Metall abwenden und sich der reinen Goldwährung zuwenden.

Die Entwicklung der deutschen Währung gehört zu den wenigen Lichtseiten in der ständigen Geschichte des Deutschen Reiches; eine unsern Idealen entsprechende Währung gibt es freilich nicht; wir Sozialisten als Feinde des Materialismus und der Geldherrschaft werden erst zufrieden sein, wenn wir aufhören können zu klagen: Am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles, ach, wir Armen! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 9. Juli 1903

Formulärmäßiger Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Obwohl nach dem Wortlaut des preussischen Vereinsgesetzes öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel nur

verboden werden können, wenn durch ihre Abhaltung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten ist, finden wir, daß in der Praxis Zusammenkünfte untersagt werden, von welchen außer bestimmten Politzi- und Regierungskreisen kein Mensch etwas Ordnungs- oder Sicherheitswidriges befürchtet. Unser Berliner Korrespondent schreibt uns:

Zu Falkenhagen im Wahlkreise Potsdam-Ostbaltland sollte am 15. Februar 1903 eine Volksversammlung unter freiem Himmel auf einem an der Peripherie des Orts gelegenen Gartengrundstück stattfinden, wo der sozialdemokratische Kandidat Dr. Karl Liebknecht über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen wollte. Der Anführer versagte aber die für Versammlungen unter freiem Himmel erforderliche Genehmigung, weil die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet erscheine. Beschwerden des Einberufers Königer beim Landrat und Regierungspräsidenten hatten keinen Erfolg. Der Herr Regierungspräsident zu Potsdam meinte u. a., die Bestimmungen der Polizei, durch die Abhaltung der von sozialdemokratischen Parteien einberufenen öffentlichen Volksversammlungen unter freiem Himmel die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet werden, sei beseitigt. Das ergab sich aus den „angestellten Ermittlungen“ nach „örtlichen Verhältnissen“. Es wäre ein harter Zug von Spandau zu ermahnen gewesen, denn in dem dortigen sozialdemokratischen Organ „Latone“ sei die Versammlung bekannt gemacht worden. Dazu hätten sich dann sicherlich aus der Umgebung von Falkenhagen die Landwirte und andre Personen eingefunden. Eine große Anzahl von Personen verschiedener Parteirichtungen wären zusammen gekommen und es hätte so sehr leicht zu Reibereien und Störungen der öffentlichen Ordnung kommen können, zumal die Bevölkerung in der Gegend wenig Neigung für die Sozialdemokratie hege. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit rechtferne sich das Verbot.

Der Einberufer Königer erhob Klage beim Oberverwaltungsgericht, welche Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht begründete. Solche Zusammenkünfte, wie hier befürchtet wurden, seien nie vorgekommen, obwohl in rein ländlichen Bezirken des Reiches, nicht sehr weit von Falkenhagen, während der Wahlbewegung verschiedentlich Versammlungen unter freiem Himmel stattgefunden hätten. In Falkenhagen selber habe der Bund der Landwirte beim Gastwirt Thiel eine überwiegend von Sozialdemokraten besuchte Versammlung abgehalten, ohne daß die Sozialdemokraten, die über jammallungsleben gewöhnt seien, irgendwie es zu irgend welchen Reibereien gekommen sei. Demgegenüber zu nichts, rein gar nichts erbracht worden seitens der Behörden, was das Verbot rechtfertigen könnte. Wenn die Verwaltungsbehörden in ein Grundrecht des Volkes, wie es das Versammlungsrecht sei, eingriffe, dann müßten sie doch ihre Befürchtungen und Gründe spezifizieren. Er habe in vielen Fällen, wo Versammlungen unter freiem Himmel verboten wurden, Beschwerde eingelegt, und die darauf ergangenen ablehnenden Verfügungen hätten fast formelartig und ohne jegliche Begründung, und zwar wie die vorliegende. Und was solle man mit den Worten „nach den angestellten Ermittlungen“ und „nach Lage der örtlichen Verhältnisse“ anfangen. Das seien allgemeine Redensarten. Nicht mit einer Silbe sei angegeben, welche Ermittlungen stattgefunden hätten und durch wen sie vorgenommen worden seien. — Das fragliche Grundstück selber liege an der äußersten Peripherie des Orts und nach drei Seiten sei von ihm aus weit und breit keine menschliche Wohnung zu sehen. — Energisch wandte sich Liebknecht noch gegen die in einem Schriftsatz des Regierungspräsidenten enthaltene Unterzeichnung, daß er mit Spandauer Sozialdemokraten in Falkenhagen trotz des Verbots eingezogen sei und die Versammlung doch habe abhalten wollen. Tatsächlich sei er ganz allein nach Seefeld gefahren und nach dem Versammlungsort gegangen, um die Ermahnungen zum Nachlassgehen aufzufordern.

Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage ab. Die Erwägungen des Regierungspräsidenten (und der Polizei) seien für bestimmt genug zu erachten.

Das Oberverwaltungsgericht hat also die Gefährdung der Ordnung und Sicherheit

Die süße Internationale.

Rußland hat sich bekanntlich der am 1. September in Kraft tretenden internationalen Zuckerkonvention nicht angeschlossen, so daß die Vertragsländer auf russischen Zucker einen höheren Zoll zu legen berechtigt sind, wie auf den aus andern Ländern stammenden Zucker.

Im Interesse der gegenwärtigen deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen trat die deutsche Regierung bei der internationalen Zuckerkommission in Brüssel dafür ein, den Stratekol auf russischen Zucker möglichst niedrig zu normieren. Wie offizielle Blätter melden, gelang es den deutschen Vertretern auch, ihren Vorschlag zur Annahme zu bringen. Der Extrazoll auf die Erzeugnisse der russischen Zuckerindustrie ist auf ein Minimum herabgesetzt worden.

Wemerkenswert ist, daß, während die Staaten ihre offiziellen Vertreter in Brüssel verhandeln lassen, sich gleichzeitig auch eine kapitalistische Zuckernationalität in der belgischen Hauptstadt eingefunden hat, um die Geldinteressen der Zuckerbarone aller Länder zu wahren. Die „Magdeburg“, welche den Zuckerinteressen nahe steht, teilt mit, daß in einer am Mittwoch abgehaltenen Konferenz die Vertreter der Zuckerindustrie von Deutschland, Oesterreich, Russland, Frankreich, Belgien und Holland mehrere Anträge annahmen. Die Zuckerkapitalisten vereinbarten miteinander, daß nach England nicht mehr Zucker von ihnen geliefert werden solle, als in den letzten Jahren durchschnittlich dort hin verkauft worden ist. Jedes der beteiligten Länder soll ein bestimmtes Kontingent aufstellen, eine bestimmte Menge, über welche hinaus nach England nichts verkauft werden darf. Jeder organisierte Zuckerkapitalist soll sich dann ver-

Zimmer mehr Ungefehllichkeiten für Herbert Bismarck!

Wahlmache und Wahlmacher in Serichow I.

Mit den in voriger Nummer mitgeteilten Fällen von Verstößen gegen das Wahlreglement ist das Verzeichnis der im v. Bismarck'schen Wahlkreise vorgekommenen Unregelmäßigkeiten und Niederträchtigkeiten Schikanen, welche sich die konservativen Wahlvorsteher und Gesinnungsgegnossen am Stichtagsabend in Serichow I. bei der Wahlhandlung an dem Ort, wo die Wahlhandlung stattfand, soeben ausgesprochen haben zu Schulden kommen lassen, noch lange nicht erschöpft; dieselben Wahrgenommenheiten, wie sie von Rathenow aus berichtet werden, haben auch diejenigen unserer Vertrauensmänner gemacht, welche von Brandenburg aus der Wahlhandlung in den Serichower Freisen am Stichtagsabend beiwohnten. Unser dortiges Bruderblatt schreibt darüber:

Die Öffentlichkeit der Wahlhandlung ist in der unerhörtesten Weise beschränkt worden. Obgleich das Wahlgesetz jedem wahlberechtigten Deutschen das Recht gibt, in jedem Bezirk der Wahlhandlung beizuwohnen, und dies durch den Erlaß des Ministers Herrfurth vom 8. Juli 1892 den Wahlvorstehern noch besonders eingebracht ist, trotzdem die Wahl des Wahlvorstehers noch besonders in Brandenburg-Bergholzland am 1. Mai 1900 deshalb vom Reichstag für ungültig erklärt worden ist, weil Wähler, die sich durch Militärpapiere, Steuerzettel und andre Zeugnisse legitimieren konnten, von der Wahl ausgeschlossen worden sind, trotzdem glauben die konservativen Ordnungshüter, welche in den Dörfern den Wahlvorstand bilden, immer noch im Rechte zu sein, wenn sie die Öffentlichkeit der Wahlhandlung auf Ortsansässige beschränken. Was alles seitens der konservativen Wahlvorsteher und ihren gesinnungsverwandten Helfern an niederrüchtiger Schikane gegen unsere Vertrauensleute verübt worden ist, und zwar im Namen des Rechts, spottet jeder Beschreibung. Ausgewiesen sind unsere Vertrauensleute in Knoblauch, Bahnis, Alt-Wensdorf, Serichow, Cade, Wiesen, Mätzlitz, Nitzahne, Görtze, Groß-Wusterwis. Anscheinend handelten die Wahlvorsteher nach einer ihnen von borgesetzter Stelle erteilten Instruktion, denn überall berief man sich auf eine höhere Verfügung und verlangte von den Ausgewiesenen einen besondern Nachweis der Wahlberechtigung, durch Bescheinigung vom Brandenburger Magistrat, Militärpapiere, Steuerzettel, Bürgerbriefe, Heiratscheine und sonstige Papiere wurden von den Wahlvorstehern keines Blickes gewürdigt. Da es besonders Ausweise über die Wahlberechtigung nicht gibt, weil keine Behörde verpflichtet ist, solche Bescheinigungen auszustellen, konnten unsere Leute selbstverständlich keine vorlegen. Wir haben nachdrücklich versucht, vom Brandenburger Magistrat solche Bescheinigungen zu bekommen, es ist uns aber abgelehnt worden, weil man auf dem Rathaus, ebenso wie jeder Mensch, der den Standpunkt des Gesetzes vertritt, das Verlangen nach solchen Bescheinigungen für ungefehllich hält.

Unsere Vertrauensleute haben es sich angelegen sein lassen, den gesetzlichen Wahlvorstehern die nötige Rechtsbelehrung zu teil werden zu lassen. Halbtarrig und eingebildet wie diese Sorte Menschen, die sich Amts- und Gemeindevorsteher nennen dürfen, nun einmal ist, glauben sie kraft ihres Amtes auf der Ungefehllichkeit beharren zu müssen. Da half kein Verlehen. Welsch es folgte die Ausweisung unter Androhung oder Anwendung von Gewalt. In einzelnen Stellen, wo es unsere Genossen aber auf die Anwendung von Gewalt ankommen ließen, ließ man sie schließlich gewähren und rächte sich dann hinterher durch allerlei Schikane und beleidigende Redensarten. In Knoblauch berief sich der Wahlvorsteher auf den Landrat, als er unseren Vertrauensmann, trotz seines Protestes, aus dem Lokal verwies. In Bahnis konnte unser Vertrauensmann bis um 6 1/2 Uhr im Wahllokal verbleiben. Erst jetzt fiel dem Wahlvorsteher ein, daß der Verzeßende sich durch besondere Bescheinigung über seine Wahlberechtigung ausweisen müsse. Auch nach Schluß der Wahlhandlung, bei der Auszählung, durften unsere Vertrauensmänner nicht zugegen sein. Als er nun höflich um Mitteilung des Wahlergebnisses bat, gebrauchte ein Mitglied des Wahlvorstandes, Kofschütz Müller, eine Redensart, die wir aus Anstandsgründen hier nicht wiederzugeben vermögen.

In Alt-Wensdorf kam unser Vertrauensmann, der sich durch eine Menge von Papieren ausgewiesen hatte, der Aufforderung, das Wahllokal zu verlassen, nicht nach, sondern setzte sich hin; er entfernte sich aber unter Protest, als der Vorsteher Miene machte, ihn rüchlich anzugreifen. Von 14 1/2 bis 15 Uhr ging der Wahlvorsteher fort. Der Stellvertreter spielte während dessen in der Gaststube Stat. Auch um 17 Uhr war, als eine Stimme abgegeben wurde, der Vorsteher nicht anwesend und der Stellvertreter beim Stat beschäftigt. In Serichow wurde unser Vertrauensmann von 6 Personen gefaßt auf Gehetz des Amtsvorstehers unserm Vertrauensmann hinausgepediert. Alles Legitimieren und Protestieren half nichts. Der Wahlvorsteher drohte mit Einsperren. Zwei Gentilner Genossen erging es ebenso. In Wiesen spielte sich der Vorgang ähnlich ab. Hier entfernten sich unsere Genossen, als der Vorsteher Miene machte, Gewalt anzuwenden. Eine Wahlurne stand um 10 Uhr 20 Min. noch nicht auf dem Tisch.

In Mätzlitz hatte man unsern Vertrauensmann bis um 3 1/2 Uhr im Wahllokal ruhig gebuhlet. Um diese Zeit trat der Ortschulze in das Lokal und verlangte von unserm Vertrauensmann, daß er sich entferne; wie er jagte, liege ein entsprechender Regierungserlaß vor, der die Ausweisung verlange. In Nitzahne ging unser Vertrauensmann aus dem Wahllokal, nachdem er vom Wahlvorstand wohl ein halbes Duzend Mal dazu aufgefordert worden war und dieser nach dem Anstehen nicht schied. Mit Vollstreckungsgewalt ward in Görtze unser Vertrauensmann aus dem Wahllokal expediert. Der Genosse war, nachdem er alle möglichen Ausweisepapiere vorgelegt hatte, der Aufforderung, das Lokal zu verlassen, nicht nachgekommen, obgleich der ganze Wahlvorstand in corpore auf ihn zutrat. Auch draußen verbot der Gastwirt, in dessen Haus gewählt wurde, unsern Genossen den Aufenthalt. Aus dem Wahllokal drangen verächtlich Rufe wie: Lauge-nichtste, Stroche, Faulenzger und dergleichen. (Ob sich die Herren vom Wahlvorstand diese Titulaturen gegenseitig an den Kopf geworfen haben? Wir vermuten es.) Auf eine Beschwerde beim Landrat ward dann endlich um 5 Uhr unser Genosse der Zutritt zum Wahllokal gestattet. Der Wahlvorsteher sah nun ein, daß er unredlich gehandelt. So was — jagte er — ist mir in meinem ganzen Leben noch nicht passiert! Nun, vielleicht merken sich die Herren vom Wahlvorstand diese Lehre.

Ähnlich als in Görtze spielte sich der Vorgang in Groß-Wusterwis ab. Was nuten unserm Vertrauensmann alle seine schönen Papiere! Er mochte noch so viel davon vorlegen, sie wurden keines Blickes gewürdigt. Der Wahlvorsteher erklärte einfach: „Wenn Sie keine Bescheinigung darüber vorlegen können, daß Sie das Wahlrecht besitzen, dann müssen Sie raus! Aller Einspruch half nichts. Der Wahlvorsteher blieb dabei: „Raus, oder ich bringe Sie wegen Hausfriedensbruchs zur Anzeige.“ Als unser Genosse, auf sein Recht pochen, erklärte, nur dann zu weichen, wenn Gewalt angewendet würde, wurde ihm von Tische des Wahlvorstandes aus „Frecher Bastard!“ zugerufen. Schließlich ließ der Wahlvorsteher den Gendarmen rufen. Um nicht mit diesem in Verbindung zu kommen, zog es unser Genosse vor, das Lokal zu verlassen. Ein wiederholter Versuch, um die Mittagszeit, wo die Wähler reichlicher erschienen, ins Lokal zu dringen, schlug abermals fehl. Die Herren vom Wahlvorstand suchten ihre Grobheiten und Schimpfreden von vorher noch zu übersieten. Auch nach Schluß der Wahl wurde unserm Vertrauensmann durch den seit mehreren Stunden anwesenden Gendarmen der Zutritt zum Wahllokal verweigert und nicht einmal gestattet, das Wahlergebnis zu notieren. In Gollwitz-Wartha wollte der Wahlvorsteher Kabela's Militärpapiere und Steuerzettel nicht als Legitimation gelten lassen, den Steuerzettel des Brandenburger Magistrats schon deshalb nicht, weil kein Stempel darauf ist. Der Wahlvorsteher berief sich auf ein Schreiben des Landrats: er hätte als Legitimation eine von der Heiratsbehörde ausgestellte Bescheinigung über Wahlberechtigung zu fordern. Unser Genosse, der für die Partei den Dienst im Wahllokal übernommen hatte, ließ sich aber nicht bewegen, von seinem Posten zu weichen. Vergerlich ließen ihn die Ordnungshüter schließlich gewähren, staunend darüber, wie ein Mensch von morgens 10 Uhr bis abends 7 Uhr unbeweglich und ohne ein Wort zu sprechen, den ganzen Tag über auf einem Stuhl stehen kann. Vor dem Wahllokal stand ebenfalls ein Mann unser Stimmgeltel-Vertreter. Der Weisler Schulz aus Gollwitz konnte es sich

nicht verkneifen, diesen von der Treppe zu stoßen. Schimpfworte wie „Lummel, frecher Bastard, haben keine Lust zur Arbeit, sonst würden sie nicht hier sein!“, mußten sich unsere Leute, die beide selbständige Gewerbetreibende sind, von den Freunden Bismarcks an den Kopf werfen lassen. Es gehört schon eine ganze Portion kalten Blutes und Selbstbeherrschung dazu, alle solche Niederträchtigkeiten einen ganzen Tag über mit anzuhören, ohne sie gebührend zurückzugeben. — Die Stimmgeltel für Bismarck lagen sozusagen im Wahllokal. Auf diese Ungehörigkeit hingewiesen, antwortete der Weisler Schulz: „Das wollen wir ja gerade, daß Herr v. Bismarck gewählt wird!“ — Daß eine Kontrollen an diesem Orte am Platze war, darauf konnten wir noch zurück.

Mit den allerordinarsten Redensarten wurde unser Vertrauensmann in Rix überschüttet. Als er seine Papiere vorlegte: Militärpaß, Signalement, Steuerzettel und dergleichen, rief der Wahlvorsteher: „S'on Dred, s'on Dred... wisch, det können Sie ja up die Landstraße gefunden haben. Mosen Se, det Serichow kommen!“ „Schmied n doch ruf!“ riefen die andern Herren vom Wahlvorstand, worauf der Wahlvorsteher erwiderte: „Ja werde mit hoch nicht dreckig machen! Trotz aller Schikane vom Vorstandstisch wird aber unser Mann nicht vom Platze. Er kappte ruhig seinen mitgebrachten Feldstuhl auseinander und ließ sich häuslich nieder. Die schimpflichsten Redensarten mußte er natürlich den ganzen Tag lang über sich ergehen lassen. Es würde zu weit führen, alle die ordinären und ruppigen Redensarten feitzunagen, me'h die Freunde des Fürsten v. Bismarck sich den Tag über geleistet haben. Was Anstand und Bildung anbelangt: Kein einziger Socialdemokrat tauscht mit diesen „Ordnungs-männern“.

Ein Beispiel kleinlicher Niedertracht ist noch aus Hohen-Lobbeje zu erwähnen. Das Wahllokal war im Gasthof. Im Wahllokal selbst waren eine Anzahl leerer Gartenstühle aufgestellt. Trotzdem gestattete man nicht, daß unser Vertrauensmann sich dort setzen durfte.

Das ist zunächst das, was über die Beschränkung der Öffentlichkeit und über die Schikaneierungen unserer Vertrauensleute zu sagen ist. Ueber die sonst noch wahrgenommenen Verstöße bei der Wahlhandlung ein andres Mal.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 9. Juli 1903.

— **Nützt die Zeit!** Unter dieser Stichtagsmarkte schiebt uns ein Parteigenosse aus der Sudenburg folgende zeitgemäße Anregung: Die Reichstagswahlen sind vorüber, die Wahlkämpfe geschlagen. Große Erfolge hat die Sozialdemokratie zu verzeichnen, trotz Verleumdungen, Bosheit und Niedertracht der Gegner, die in keiner Weise bemerkt waren, den Kampf anständig und sachlich zu führen. Aber wir wären wohl schlechte Kämpfer und Streiter für eine gute Sache, wenn wir auch nur die errungenen Lorbeeren ausruhen zu müssen wir schon jetzt die Waffen scharfen, aus die Agitation beginnen. Es ist noch ein großes vorhanden, das noch bebaut und bearbeitet werden

Aber auch Gile tut not, um denen, die in den ländlichen Deconomiebetrieben leben, das Evangelium Sozialismus zu verkünden. Kräfte sind hierzu in M vorhanden. Mittel und Wege gibt es so viele, sie an nützen muß jetzt unsere vornehmste Pflicht sein. Wie i Parteigenossen gibt es, die einem Gesangs, Turn- u Musikverein und dergleichen anzuheören und die in di schönen Jahreszeit so manchen Ausflug per Omnibus od zu Fuß machen. Da wäre es wohl angebracht, wenn er

Reuilleton.

Stabschef verboten.

Kennwort.

Roman von Walter Scott.

aus dem Englischen übersetzt von E. von Gosenhausen, durchgesehen und bearbeitet von J. Federzani-Webster.

(171. Fortsetzung.)

Kapitän Core, dieser berühmte Humorist von Coventry, war der erfindungsreiche Geist, der dieses Fest angeordnet hatte; er ritt staltlich auf seinem Stedensperde vor den Engländern her, wie Herr Laneham erzählt, sein langes Schwert schwingend, wie einem erfahrenen Krieger zum Kam, der unter dem Vater der Königin, dem dänischen König Heinrich, bei der Belagerung von Boulogne gefochten hatte. Dieser Anführer war, wie recht und billig, der erste, der in die Schranken ritt, und als er an der Galerie an der Spitze seiner Schar vorüber kam, küßte er seinen Schwertgriff, nach der Königin gewandt, und führte zu gleicher Zeit einen Ruf aus, der wohl nie zuvor von einem zweibeinigen Stedensperde geleistet wurde. Dann zog er mit allen seinem Fußvolk und Reiterei vorüber, sie mit kriegerischer Umsicht auf die andre Seite der Brücke oder des Turnierplatzes führend, bis die Gegner sich zum Angriff gerüstet hatten. Dies dauerte nicht lange; die dänische Reiterei und Fußvolk, die der englischen an Zahl, Tapferkeit und Rüstung nicht nachstanden, folgten sogleich; die nordländische Sackpfeife tönte als Zeichen ihres Landes vor ihnen her und ein kluger Kriegsheld in der Verteidigung, der nur dem berühmten Core in der Kriegskunst nachstand, führte sie an. Die Dänen, als Angreifer, nahmen ihren Stand unter dem Galerieturm, dem Mortimerturm gegenüber, und als alle Vorbereitungen getroffen waren, wurde das Zeichen zum Angriff gegeben.

Ihr erstes Zusammentreffen war ziemlich gemäßig, denn jeder Teil fürchtete, in den See geworfen zu werden. Als aber auf jeder Seite Verstärkungen ankamen, wurde das Schwert bald zu einer wütenden Schlacht. Sie

stürzten, nach Herrn Laneham's Erzählung, mit einer Wut wie zwei eiferliche Widder aufeinander, so daß oft beide Teile zu Boden stürzten und die Keulen und Schilde ein schreckliches Geräusch machten. Nach kurzer Zeit geschah das, was die erfahrensten Krieger bei Anfang des Gefechtes vorausgesehen hatten.

Die Geländer, welche die Seiten der Brücke beschnitten, waren, wahrscheinlich mit Vorbehalt, nur leicht besetzt, so daß sie in dem Drängen nachgaben und manche der Krieger ihre Kampfkunst im Wasser kühlen mußten. Dieser Umstand hätte ernstere Folgen haben können, als ein solches Handgemenge erwarten ließ, denn einige der Kämpfer, welche herabstürzten, konnten nicht schwimmen, und die es verstanden, waren mit ihrer ledernen und papiernen Rüstung so beschwert, daß sie es nicht vermochten; jedoch standen Kühne herbei, um die unglücklichen Krieger aufs Trockne zu bringen, wo sie, triefend und entmutigt, sich mit starkem Bier und geistigen Getränken trösteten, die man ihnen reichlich bot, und keine Lust zeigten, noch einmal ein Gefecht mitzumachen.

Kapitän Core magte es allein, nach zwei solchen Unglücksfällen in die Hitze des Gefechtes zurückzukehren, obwohl er und sein Stedensperde von Wasser triefen, und feuerte beide Male durch Wort und Tat den stürzenden Mut der Engländer wieder an, bis endlich der Sieg über die dänischen Eindringler, wie recht und billig, vollkamen wurde. Er verdiente durch die Feder von Johnson's unsterblich zu werden, der fünfzig Jahre später glaubte, ein Maskenspiel zu Kennwort könne nicht würdiger eingeführt werden, als durch den Geist des Kapitän Core, auf seinem berühmten Stedensperde reitend.

Dieses rohe, ländliche Spiel mag vielleicht dem Leser nicht zu der Vorstellung stimmen, die er sich von einer Aufführung vor Elisabeth macht, da unter deren Regierung die Wissenschaften kräftig aufblühten und deren Hof unter einer Monarchin lebte, deren richtiger Geschmack ihrer Gemütsstärke gleichkam, der sich ebensoviele durch Feinheit und Anstand auszeichnete, als ihr Kabinett durch Weisheit und Festigkeit. Allein, jet es um des politischen Interesses willen,

welches Volksfest immer erregen oder rührte es von Funken des rauhen männlichen Geistes her, den der Feinrich besaß, und der zuweilen sich in Elisabeth zeigte viel ist gewiß, die Königin lachte herzlich über die ahnung eines Ritterspiels, welches das Volksfest vorbrennt darstellte. Sie rief Lord Sumsdon und den Count von Suffey zu sich, wahrscheinlich, um den letzteren für langen und öftern Privatgespräche zu entschädigen, die sie dem Grafen von Leicester gestattet hatte, indem sie ein Vergnügen mit ihm sprach, welches seinem Geschlecht mehr zusagte als die frühern, dem Altertum entlehnten tanzigen. Die Stimmung der Königin, mit ihren Kriegeser zu plandern und zu lachen, gab dem Grafen von Leicester die Gelegenheit, welche er schon lange erwartet hatte der königlichen Nähe zu genießen, und er hatte so seine Zeit dazu gewählt, daß der Hof darin nur ein fernerer Zutritt zur Königin gestattete, da er, kraft seines Rechtes als Wirt, immer zwischen dem Licht ihres Angeichts und den andern Gästen stehen konnte.

Leicester's Gedanken waren indessen mit ganz etwas andern, als mit bloßer Höflichkeit beschäftigt. Kaum sah er die Königin im Gespräch mit Suffey und Sumsdon, hinter welchen Nikolaus Mount stand, der bei jedem Wort, das gebrochen wurde, seinen Mund zum Lachen von einem Ohr zum andern öffnete, als der Graf Treffilian, der, der Berechnung gemäß, in einiger Entfernung seine Bewegungen beobachtete, ein Zeichen gab, sich durch die Menge wand und nach dem Gehege zuzuging, wo das gemeine Volk mit offenem Munde der Schlacht zwischen den Engländern und Dänen zuschaute. Als er diesen etwas schwierigen Weg gemacht hatte, sah er hinter sich, ob Treffilian daselbst gelungen sei, und da er diesen gleichfalls außerhalb des Gedränges erblickte, ging er ihm voran nach einem kleinen Gehölz, hinter welchem ein Lokal mit zwei gefattelten Pferden stand. Leicester bestieg das eine und gab Treffilian ein Zeichen, das andre zu nehmen, der auch, ohne ein Wort zu sprechen, gehorchte.

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

(Eingegangene Druckschriften. Besprechung einzelner Werke vorbehalten.)

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 40. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Von Extra- und anderer Wurst. — Das Fazit des Wahlkampfes. Von A. Debel. — Die Sozialdemokratie im Gebiet der rheinisch-westfälischen Grobbauindustrie. Von Wilhelm Döbel. — Die Entwicklung der schweizerischen Fabrikindustrie. Von Dionys Jinner. — Das Problem der Vererbung. Von Kurt Grottel. — Das Elend der Bureauangestellten im Staats- und Gemeinbedienst. Von Paul Lange. —

Von den Dokumenten des Sozialismus, herausgegeben von Eduard Bernstein (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 7. Heft des III. Bandes erschienen.

I. Kritische Bibliographie des Sozialismus. II. Aus der Geschichte des Sozialismus. Sanft Mag. Aus einem nachgelassenen Werke von Marx-Engels über Mag. Stirner. Der Kommunismus. — L'Ange, der Vorläufer Charles Fouriers in der ersten Epoche der französischen Revolution. —

III. Urkunden des Sozialismus. Beschluß des Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands. — Beschluß des Parteitag der norwegischen Sozialdemokratie. — Ein Wahlmanuskript Troudehons aus dem Jahre 1848.

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften. —

Über drei Millionen Männer haben bei den Wahlen sozialdemokratisch gestimmt, eine imposante Biffer, die von den anderen Parteien nicht annähernd erreicht wird. G. Freitag Reichs- und Wahlkarte des Deutschen Reiches 1903. (Verlag von G. Freitag u. Berndt, Leipzig und Wien, VII/1, Schottenfeldgasse 64) gibt in übersichtlicher Weise eine Darstellung der Stimmverteilung auf die einzelnen Parteien, ferner eine Karte der Wahlbezirke, foliert nach der Öffnung der gewählten Volksvertreter mit Ausdruck des Namens derselben und noch eine Reihe interessanter statistischer Vergleiche. Für 60 Pf. ist dieselbe in der Buchhandlung Volksstimme und durch deren Kolporteurs zu haben. Wir empfehlen den Ankauf dieser Karte unseren Lesern auf das wärmste. —

Protokoll der 3. General-Versammlung des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter nebst Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 254 Seiten. —

Protokoll der Verhandlungen der 15. General-Versammlung des Zentralverbandes der Zimmerer und des zweiten Bauarbeiterkongresses. 272 und 266 Seiten. —

Bereins-Kalender.

Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pf., die vorher zu bezahlen sind.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Bezirk Diesdorf im Lokale des Herrn Gildbrandt; Bezirk Salze im Lokale des Herrn A. Maas; Bezirk Wilhelmstadt im „Waisenpark“, Spielgartenstraße 1c. Sonntag den 12. Juli, vormittags 11 Uhr, Bezirk Groß-Otterleben im Lokale des Herrn Strumpf, Montag den 13. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Bezirk Sudenburg in der „Herbst Bierhalle“, Schönungerstraße 28. Siehe auch Inserat in nächster Nummer. —

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (Filiale Sudenburg.) Jeden Sonnabend, abends 8-10 Uhr, Zahlabend bei Albert Naumann, Michaelstraße 16, und jeden Montag nach dem 1. und 15. j. Mts. Zahlabend in „Stadt Leipzig“, Leipzigerstraße 39. Bevollmächtigter Wilhelm Debes wohnt Schönungerstraße 28 II. —

Verband der Sattler u. verw. Berufsgen. Mitglieder-Versammlung am Sonnabend den 11. Juli in der „Burggasse“. —

Fabrikarbeiter-Agitationskommission. Montag den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr in der „Froner“, Wolkestr. 44-45. —

Neue Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Heute Donnerstag Abends 8 Uhr. Sonntag mittags 1 Uhr Abfahrt vom Straßenbahn-Depot zum Sängerfest in Fernersleben. —

Groß-Otterleben. Sonntag den 12. Juli, nachm. 3 Uhr. Versammlung der Maurer bei Fr. Strumpf. Sehr wichtige Tagesordnung. Anschließ an den Zweigverein. Jeder Kollege erwünscht. —

Gr.-Otterleben. Sonnabend den 11. Juli, abends 8 Uhr. Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins im Lokale des Herrn Fr. Strumpf. —

Burg. Verein deutscher Schuhmacher. Sonnabend den 11. d. Mts., abends 8 Uhr, Versammlung im Vereinslokal.

Briefkasten.

A. Neustadt. Der elftägige Normal-Arbeitstag besteht in Deutschland für Fabrikarbeiterinnen, nicht für männliche Arbeiter. § 137 Absatz 2 der Gewerbe-Ordnung lautet: Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre darf die Dauer von 11 Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von 10 Stunden nicht übersteigen. — Der Antrag des Zentrums kurz vor Schluß des Reichstags, wollte den sechstündigen Normalarbeitsstag für Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Unterschied des Geschlechts bewerkstelligen. —

E. W. Die Verwaltungskosten der Unfälle, sowie der Alters- und Invaliditätsversicherung werden nicht vom Reiche getragen, sondern aus den Beiträgen bestritten. — Bei der Unfallversicherung sind wohl „Ehren“-Kamerer vorhanden, doch werden die Träger dieser Kamerer mit Tausenden von Mark glänzend — zum Teil sehr glänzend — bedolzt.

W. D., Verichtigung. Die vorgestrige Auskunft ist leider irrig. Zur richtigen Verantwortung fehlt uns noch die Angabe, was für eine Kündigungsgeld vereinbart ist, ob und wann sie gekündigt haben und was der Wirt dazu geäußert hat. Soweit Ihr Brief das zur Verantwortung erforderliche Material erkennen läßt, müssen Sie den Betriebsrat befragen, können aber die vorausgesetzten 12 Mark zurückverlangen. —

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, vom Kochen) 17.50—21.00. Weizen (weiße) 21.00—36.00. Weizen 17.00—27.00. Kartoffeln neue 8.00—9.00. Nudelfroh 4.00—4.50. Krummfroh 3.00 bis 3.50. Heu 5.50—6.40. Alles für 100 Kilogramm. Mischfleisch im Großhandel 1.03—1.10, von der Rolle 1.40—1.60. Bauchfleisch 1.20—1.30, Schweinefleisch 1.30—1.40, Kalbfleisch 1.20—1.30, Hammelfleisch 1.20—1.30. Speck (geräucherter) 1.50—1.60. Eßbutter 2.00—2.60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3.00—3.60.

Wasserstände.

Table with 4 columns: Ort, Datum, Höhe, Differenz. Lists water levels for various locations like Fardubitz, Braubitz, Meinit, etc., from July 6th to 9th.

209. Königlich Preussische Klassenlotterie.

1. Klasse. 2. Ziehungstag, 8. Juli 1903. Vormittag.

Nur die Gewinne über 50 Mk. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr. U. St.-M. f. S.) (Nachdruck verboten.)

Large table of lottery numbers for Class 1, 2nd drawing, July 8, 1903. Columns include numbers and their corresponding prizes.

209. Königlich Preussische Klassenlotterie.

1. Klasse. 2. Ziehungstag, 8. Juli 1903. Nachmittag.

Nur die Gewinne über 50 Mk. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr. U. St.-M. f. S.) (Nachdruck verboten.)

Large table of lottery numbers for Class 1, 2nd drawing, July 8, 1903. Columns include numbers and their corresponding prizes.

Advertisement for 'Rester- und Inventur-Räumungs-Verkauf' by Julius Franke, Magdeburg. Includes details about the sale of furniture and household items.

Advertisement for 'Ergänzung der Bilanz des Mieter-Bau- und Sparvereins' (Supplement to the Balance Sheet of the Tenant-Building and Savings Association) for December 31, 1902.

Blätter ist bekanntlich durch die Verfassung strengster unterlagt. — Peter hat es noch nötig, sich beliebt zu machen. —

Bulgarien.

Au den bulgarisch-türkischen Streitigkeiten.

Wie der „Vol.-Ang.“ aus Wien meldet, hat die österreichisch-ungarische Regierung an das bulgarische Ministerium abermals eine Mahnung geschickt, keine unüberlegten Schritte vorzunehmen, da die Türkei durchaus keine übermäßigen Truppenkonzentrationen an der bulgarischen Grenze vornehme. Dieser Meinung schloß sich auch Rußland an. Fürst Ferdinand erklärte, Bulgarien werde keine weiteren militärischen Maßnahmen treffen. — Fürst Ferdinand von Bulgarien begehrt heute den Tag seiner Thronbesteigung; er hat sich nach Tirnowa begeben und seine Minister dorthin mitgenommen. —

Kleine politische Nachrichten. Präsident Doubeu legte heute mittig nach dem Frühstück in Windsor-Castle im königlichen Mausoleum in Frogmore auf dem Grabe der Königin Viktoria einen Kranz nieder. — Der Gouverneur und alle höheren Beamten der südsibirischen Provinz Kwantung sind wegen Begünstigung des Aufstandes in der Provinz von ihren Posten enthoben worden. — Der neue ungarische Honvedminister Kolozsvari trug bei einem Sturz im Zimmer Verletzungen davon. — Präsident Doubeu wird heute vormittag von London über Dover nach Frankreich zurückkehren. — Die belgische Kammer ist über die Interpellation wegen der Greuelthaten im Kongostaat mit einem Vertrauensvotum für die Regierung zur Tagesordnung übergegangen. — Der spanische Senat ist dem Beschluß der Kammer beigetreten, wonach für die Materialien zum Denkmale der bei Malaga mit dem deutschen Schulschiff „Gneisenau“ Verunglückten Bollfreiheit bewilligt wird. —

Aus der Parteibewegung.

Aus dem Parteibureau schreibt man dem „Vorwärts“: In einzelnen Parteiorganen findet sich ein Aufruf für die „Opfer der Reichstagswahl“. Taktik des „Zentrums“ in Oberschlesien, worin die Genossen aufgefordert werden, für die Opfer der Vorkühler Unruhen zu sammeln. Der Aufruf ist von Franz Trabalski, Rattowitz, unterzeichnet.

Von den verschiedensten Seiten sind nun Anfragen an den Parteivorstand gelangt, ob der Aufruf im Einverständnis und nach Rücksprache mit dem Parteivorstand erfolgt sei, wie dies in unserer Parteiorganisation bisher üblich und z. B. auch bei den Sammlungen für die Essener und Löbauer Verurteilten geschehen ist.

Darauf sei erwidert, daß der Parteivorstand zu dem Aufrufe in gar keiner Beziehung steht und von demselben erst aus der Presse Kenntnis erhalten hat. In der gestrigen Nummer der „Volksstimme“ befindet sich der Aufruf auch, der uns, mit einem Stempel der deutschen und der polnischen sozialdemokratischen Wahlkommission Oberschlesiens versehen, zugeht. —

Unsre Erfolge in Elsaß-Lothringen. Ueber die Sozialdemokratie in Elsaß-Lothringen schreibt der Abg. Pfarrer Winterer (Elsaß) im „Wülthauer Arbeiterfreund“ einen Aufsatz, in dem er heftig beklagt, daß die „Berliner Sozialdemokratie“ in den Reichslanden außerordentlich zugenommen hat. Er bringt folgende bemerkenswerte Zusammenstellung:

- Mit 17 287 Stimmen gegen 13 388 hat der Wahlkreis Wülthausen der Sozialdemokratie erklärt, daß ihre Zeit gekommen sei.
- Mit 13 745 Stimmen gegen 13 067 hat Straßburg die rote Fahne vom alten Münsterum ferngehalten. Allein äußerst bedenklich sind die Zahlen der sozialdemokratischen Stimmen in Straßburg und in Wülthausen.
- In Straßburg, das keine eigentliche Fabrikstadt ist, ist die Zahl vielleicht noch bedenklicher als in Wülthausen. In den zwei Wahlkreisen Saarburg und Zabern wurden keine sozialdemokratischen Kandidaturen aufgestellt, und eine Zählung von sozialdemokratischen Stimmen konnte dort nicht stattfinden. In allen anderen Wahlkreisen haben sich die sozialdemokratischen Stimmen bedeutend vermehrt. Es wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben:
- Im Wahlkreis Wittich-Thann 4103 gegen 3002 im Jahre 1898.
- Im Wahlkreis Kolmar 2969 gegen 846 im Jahre 1898.
- Im Wahlkreis Gebweiler 3936 gegen 3003 im Jahre 1898.
- Im Wahlkreis Rhodolzwiler 2690 gegen 1588 im Jahre 1898.
- Im Wahlkreis Schlettstadt 2784 gegen 1037 im Jahre 1898.
- Im Wahlkreis Molsheim-Gréville 5646 gegen 2093 im Jahre 1898.
- Im Wahlkreis Straßburg-Sand 3097 gegen 2307 im Jahre 1898.
- Im Wahlkreis Haguenau-Weissenburg 1782 gegen 1596 im Jahre 1898.
- Im Wahlkreis Saargemünd-Forbach 3747 gegen 3293 im Jahre 1898.
- Im Wahlkreis Diedenhöfen-Bolchen 6364 gegen 4350 im Jahre 1898.
- Im Wahlkreis Metz 5106 gegen 4475 im Jahre 1898.

Die durch die vorliegenden Zahlen bewiesene Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen in Elsaß-Lothringen kann nicht in Abrede gestellt werden. Bei diesen großen Erfolgen selbst in den ländlichen Bezirken Elsaß-Lothringens werden unsre Genossen nun nichts veräumen, um endlich Wülthausen und Straßburg zurückzuerobern. —

Eine chinesische Uebersetzung des Marx'schen „Kapital“. Wie das Juniheft der International Socialist Review mitteilt, hält sich gegenwärtig der chinesische Reformler Leung-Kai-Tschu in den Vereinigten Staaten auf, um die wirtschaftlichen Verhältnisse zu studieren. Leung war ein Freund des Ex-Kaisers von China und lebt im Exil in Tokio, Japan, wo er eine Reformzeitung herausgibt. Er verkehrt dort viel mit dem japanischen Genossen Katahama, Redakteur des japanischen Sozialist. Leung hat Et. Simon, Proudhon und Marx gelesen und eine Uebersetzung des 1. Bandes des „Kapital“ beinahe vollendet. Die Uebersetzung wird noch im Laufe dieses Jahres im Druck erscheinen. —

Genosse Nebel bestätigt im „Vorwärts“ die Meldung von seiner neuen Erbschaft. Ueber die Höhe der Summe ist er indes noch nicht unterrichtet; auch wird das Testament von den Angehörigen des Erblassers angefochten. —

Straßkongo. An Straßen wurden nach dem „Vorwärts“ gegen Genossen erkannt in den beiden Monaten Mai und Juni 6 Jahre 3 Wochen und 5 Tage Gefängnis und 2316 Mark Geldstrafe. —

Gewerkschaftsbewegung.

Leberarbeiter. In Frankenhausen a. Kyffh. haben am Sonnabend den 4. d. M. sämtliche Weißgerber und Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt. Forderung ist:

Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden und 31 Pfennig Stundenlohn. Die Weißgerberorte werden aufgefodert, keine Vorkasse aus Frankenhäusen zu verarbeiten. Desgleichen ist jeglicher Bezug nach dort zu inhibieren.

Der Zentravorstand.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 9. Juli 1908.

Beleidigungsklage der Modistin Ida Stappenbeck kontra **Ritsch**. Unser Genosse Richard Ritsch, hier, wurde vom Schöffengerichte am 14. Mai d. J. wegen angeblicher Beleidigung der Modistin Witwe Stappenbeck, Ida geb. Schulze, hier, zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich um einen Artikel in der „Volksstimme“, der über allerlei Aeltergeheimnisse (das sittliche Treiben der Lehrlinge und Modistinnen in den Geschäftsräumen der Privatklägerin etc.) Betrachtungen anstellte. In der Berufungsinstanz am Mittwoch vor dem königl. Landgericht zog die Privatklägerin ihren Strafantrag zurück.

Die Nummer 156 der „**Volksstimme**“ ist infolge des plötzlichen Anschwellens der Abonnentenzahl vollständig vergriffen. Wer von unsern Magdeburger Abonnenten diese Nummer entbehren kann, wolle uns dieselbe freundlichst übermitteln. —

Zweite Generalversammlung des Verbandes der Tapezierer und verw. Berufsgenossen, abgehalten im „Luisenpark“ zu Magdeburg. Am Mittwoch den 8. Juli, vormittags 9¹/₂ Uhr, wurde in den geschmackvoll dekorierten oberen Räumen des „Luisenpark“ die zweite Generalversammlung des Verbandes der Tapezierer und verw. Berufsgenossen durch den Zentralsitzenden **Grünwald-Hamburg** mit begrüßenden Worten eröffnet. Er hieß die Anwesenden im Namen des Zentralsvorstandes zu erster Arbeit willkommen.

Anwesend sind 32 Delegierte, ferner der Zentralsitzende, der Geschäftsführer des Verbandes, ein Vertreter des Ausschusses und Genosse **Silberschmidt-Berlin** als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Ferner nimmt an den Verhandlungen teil der Genosse **Werner** als Vertreter des Sattlerverbandes. Der Bericht des Vorstandes und Ausschusses liegt gedruckt vor. Aus demselben geht hervor, daß auch in den letzten Jahren der Kriege die Organisation trotz der großen Arbeitslosigkeit Fortschritte gemacht hat. Nach längerer Debatte, in der größere Ausführungen an der Tätigkeit des Vorstandes nicht gemacht wurden, wurde dem Vorstande Decharge erteilt. Zum Punkt: Agitation, Organisation und Lohnbewegungen, hält der Geschäftsführer **Weker** ein längeres Referat, an das sich eine äußerst lebhaft Diskussions knüpfte die am Donnerstag mittag noch fortgesetzt wird. —

Achtung, Metallarbeiter! Wir machen noch einmal auf die heute Donnerstagabend 8 Uhr im „Luisenpark“ tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung aufmerksam. Es verlautet, daß die hiesige Leitung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften sich einen Redner von Berlin verschrieben hat. Es wird also voraussichtlich zu scharfen Auseinandersetzungen kommen. —

Wie die „Neuest. Nachr.“ Lügner züchten. Die Austrägerinnen der „Neuest. Nachr.“ stehen unter einem förmlichen Spitzelsystem. Auf Schritt und Tritt werden sie überwacht — trotz der lächerlich geringfügigen Bezahlung! Seit gestern engagiert die Expedition der „Neuest. Nachr.“ wieder neue „Kontrollreue“ zur Ueberwachung der Austrägerinnen. Sie macht das auf folgende Weise: Jrgend einer als „vertrauenswürdig“ geltenden Person werden mehrere Kontrollkarten zugesandt, damit er sie ausgefüllt wieder zurückschicke. Die Karten sehen so aus:

Die „Neuesten Nachrichten“ erhielt ich:
Montag nachmittag Uhr
Dienstag Uhr
Mittwoch Uhr

Name: Straße: Nr.
Als Entgelt für diese Spitzelarbeit erhält dann der Betreffende ein — Frei-Exemplar des Blattes! Außerdem folgende Anleitung, das Lügen zu erlernen:

Der Trägerin gegenüber wollen Sie Discretion beobachten und bezüglich des Abonnementbetrages auf Befragen sagen, Sie haben (Stil!) die Zeitung in unsrer Expedition bezahlt.

Die Austrägerinnen wissen jetzt, woran sie sind. Es wird ihnen zugemutet, Frei-Exemplare auszureißen, für die sie nicht bezahlt, dafür aber unjomehr kontrolliert werden. Ueber die Art, anständige Menschen zum Lügen gegenüber einfachen Zeitungsfrauen zu bewegen, erübrigt sich ein Wort der Kritik, die richtet sich und seine Veranlasser selber! —

Schutz den Kindern! Man schreibt uns: Unsre Zeit kommt immer mehr zu der Erkenntnis, daß in den Kindern die Zukunft liegt. Theoretisch war das schon lange herausgefunden, aber erst in neuerer und neuester Zeit wird danach gestrebt, diesen Gedanken praktisch zu verwerten und nun wirklich auch zu tun, was der Zukunft der Menschheit frommt. Die zahlreichen Werke über Kinder-Psychologie, die der Seele des Kindes und ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen zwecks besserer Erziehung näher zu kommen suchen; das neue Fürjorge-Erziehungsgezet, das Verbot der gewerblichen Kinderarbeit, Reformbestrebungen in den Schulen, die Bestellung von Schulärzten, die Gründung von zahlreichen Vereinen zum Schutze der Kinder legen u. a. Zeugnis davon ab. Alle diese Veranstaltungen zum Schutze der hilflosen und gefährdeten Jugend sind geboren aus der Erkenntnis, daß sich aus den verwaorlosten und mißbrauchten Kindern das Verbrechenum rekrutiert und daß gerade bei den Kindern anfangen muß, wenn man diesem entgegenarbeiten will. Viel ist vielleicht schon getan, aber noch lange nicht genug. Es gibt noch viel ungesehenes Kinder-

Geld, nach viel unbeachtete Gefahr der Verwahrlosung, noch viel verborgene Mißhandlungen, denen Kinder ausgesetzt sind. Wirklich geholfen wird erst dann sein, wenn jeder Erwachsene, welchen Standes und Geschlechts er sei, sich als den natürlichen Beschützer jedes körperlich oder seelisch gefährdeten Kindes empfindet und die Verpflichtung in sich fühlt, zu helfen, so weit es in seinen Kräften steht, sei es auch nur durch eine Anzeige an geeigneter Stelle.

In diesem Sinne richtet der hiesige „Verein zum Schutze der Kinder vor Ausnutzung und Mißhandlung“ Melderstellen ein, in denen Mißhandlungen, an Kindern begangen, angemeldet werden können, ohne daß der Anmeldende selbst mit seiner Person und seinem Namen in die Sache verwickelt wird, da der Verein die Nachforschungen und die Beweis-sammlung übernimmt.

Zur Annahme solcher Meldungen sind bereit: Frau **M. Walzer**, Obenstedterstraße 5; Frau **Birnbaum**, Borstfende des Rechtschuh-Vereins, Rechtschuhstraße 1, Katharinenstraße 2-3; Frau **Zaedel**, Mittwoch von 5—6 Uhr im **Richard's Restaurant**; **Fräulein E. Schottk**, Hälzerstraße 16.

Unfall. Der Arbeiter **Wilhelm Hübn** aus Osterweddingen geriet gestern nachmittag mit der rechten Hand in eine Drillingmaschine, wobei er sich berartig verletzete, daß seine Ueberführung in die Krankenanstalt **Eudenburg** noch gestern abend erfolgen mußte. —

Kleine Chronik.

Das Portemonnaie des Kriegskriegers. Zu der Dienstentlassung eines Kriegsgenossen, die wie wir meldeten, kirchlich durch Urteil des Reichsmilitärgerichts erfolgte, liegen jetzt nähere Einzelheiten vor. Das „Berl. Tagebl.“ berichtet darüber: Der **Marinekriegsgerichtsrat Ernst** hatte vor einiger Zeit im **„Gef. W.“** zu Kiel die Gäste beschuldigt, ihm sein abhanden gekommenes Portemonnaie mit 300 Mark entwendet zu haben. Als die Beschuldigten, sämtlich achtbare Herren, diesen Vorwurf mit Entrüstung zurückwiesen, standakerte der anscheinend etwas begabte Kriegsgenossenschaftsrat und ließ sich schließlich zu Beschimpfungen der Gäste hinreißen. Die Angelegenheit wurde zur Anzeige gebracht, und das Kriegsgericht, das ein solches Auftreten mit der Würde des Amtes für unvereinbar hielt, erkannte auf Strafverurteilung. Eine solche erfolgte sich aber als undurchführbar, da für Marinepostbeamten nur zwei Stationen — Kiel und Wilhelmshaven — vorhanden sind. Ernst gehörte zur Nordseeestation und war zur Dienstleistung bei der Offizierskaserne kommandiert, die Verurteilung wäre demnach illusorisch geblieben. Der Gerichtsherr legte deshalb Berufung ein, worauf jetzt das Reichsmilitärgericht in Berlin auf schlichte Dienstentlassung erkannte. —

Spitzhuten-Dehse.

In seinem fünfständigen Plädoyer, das Staatsanwaltschaftsrat **Dr. Mantel** zur Begründung der Schulfrage im Prozeß gegen den Obergerauer **Trebergschmidt** hielt, erwähnte er auch den **Sinnspruch**, der heute noch an der Eingangspforte der Trebergesellschaft steht und veranlaßt, dem Unternehmen als Richtschnur dienen sollte. Er lautet:

Im Kopfe die Klarheit,
Im Munde die Wahrheit,
Im Herzen die Treue
Und nimmermehr Neue. —

Kleine Tageschronik. Vom Schwurgericht **Chemnitz** wurde der 25 Jahre alte Schweizer Kampfrath wegen Doppelraubmordes, begangen am 11. Juni an dem Gutsherrn **Müller** und dessen Wittwen, zum Tode verurteilt. — Der Buchhalter **Röhr** von der Holzhandlung **Widling u. Co.** in Gelsenkirchen schlichtete nach Verurteilung erheblicher Unterschlagungen. — Zwei „angelehnte Bürger“ in **Sude, Kreis Steinburg**, der Steuerbeamte **Schneider** und der **Stärmerbesitzer Schmedede**, wurden wegen gemeinschaftlicher Wildbiberreien verurteilt. Der Beamte, der das Wildern seit 1¹/₂ Jahren betrieb, erhielt 9 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust; sein Genosse, dem die kräftigste Gowerksamkeit nicht nachzuweisen war, bekam 3 Monate Gefängnis. — Der **Harbier Celala** in Hamburg wurde wegen eines **Unvorsichtiger verbrechens** — er verletzte auf offener Straße einem Mädchen Messerfische in den Unterleib — vom **Altonaer Schwurgericht** zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. — In **Wierlanden** bei Hamburg ist abermals Großfeuer ausgebrochen; in **Ruslad** sieben Häuser in Flammen. Die **Hamburger Feuerwehr** ist zur Hilfe geeilt; Kirche und Schule sind in großer Gefahr. — Der **Postdampfer „Zeeland“** der „**Red Star-Line**“, in Antwerpen, ist laut Telegramm am 8. Juli wohlbehalten in **New-York** angekommen. —

Letzte Nachrichten.

(H.-Spillb., Depeschen-Bureau.)

Washington, 9. Juli. Staatssekretär **Hay** erklärte, er habe bis jetzt keine Bestätigung erhalten, daß die fremden Gesandtschaften in Peking sich angelegentlich neuer Unruhen rüsteten. Die amerikanische Gesandtschaft in Peking habe keinerlei Truppenverpflichtungen verlangt. —

Rom, 9. Juli, 4 Uhr morgens. Der **Papst** schläft ruhig. Das Allgemeinbefinden ist ziemlich gut. — Der **Zustand** des **Kardinals Belpi** ist sehr gefährlich, die ganze linke Seite ist gelähmt. —

Brünn, 9. Juli. Das **Militär-Magazin** „Magazin“ ist heute nacht vollständig niedergebrannt. Alle Uniformen wurden vernichtet. Bei den Löscharbeiten wurden 10 Feuerwehrmänner und ein Soldat mehr oder minder schwer verletzt. —

Clermont-Ferrand, 9. Juli. Der **Aussand** der **Straßenbahn** ist nunmehr beendet. —

Rom, 9. Juli. (Fig. Draft.) Wie berichtet wird, haben die Ärzte wirklich einen **Erkrankung** in ihrer Diagnose entdeckt. Der **Papst** sollte an einem inneren Gefühlsleid leiden. Die nähere Untersuchung ist auf morgen verschoben. **Lappini** hofft das Leben des **Papstes** noch um einige Tage zu verlängern. —

Rom, 9. Juli. (Fig. Draft.) Das heute morgen 9 Uhr 30 Minuten ausgegebene **Bulletin** besagt, der **Papst** verbrachte eine ruhige Nacht. In jenem Teil der Lunge, welcher von der im **Frühjahrs** noch befindlichen geringen Quantität Flüssigkeit nicht bedeckt ist, ist in voller Lösung begriffen. Die **Erleichterung** im Allgemeinbefinden dauert an. —

Briefkasten.

L. Gommern. Bericht über Wahlbeeinflussungen folgt. Die Gesetzesverletzungen im Kreise **Trechow** wachsen ins Riesenhafte. —

H. Lublin

Spezial-Korsetts

Frack-Korsetts erfreuen sich nach wie vor der größten Beliebtheit.

Korsett Gazelle



Korsett Gazelle
Korsett Gazelle

Der Vorzug dieses Korsetts besteht darin, daß es eine bisher durch keine Form erreichte, selten schöne Figur macht.
Ist vorne gerade, über dem Magen höflich gearbeitet und verursacht keinerlei Druck.

Korsett Gazelle
Korsett Gazelle

Ist zwischen den lang über die Hüften gehenden Seiten stark ausgeschnitten und gestattet jede freie Bewegung.
Ist für jede auf gute Figur sehende Dame unentbehrlich.



Preis: In naturellem soliden Drell **Mr. 3.25**
In dunkelrotem, hübschen Jacquard **Mr. 4.50**

In hervorragendem **Zwickel-Schnitt** garantiert ebenso gut wie jedes Maß-Korsett sitzend, in eleganter Ausführung:

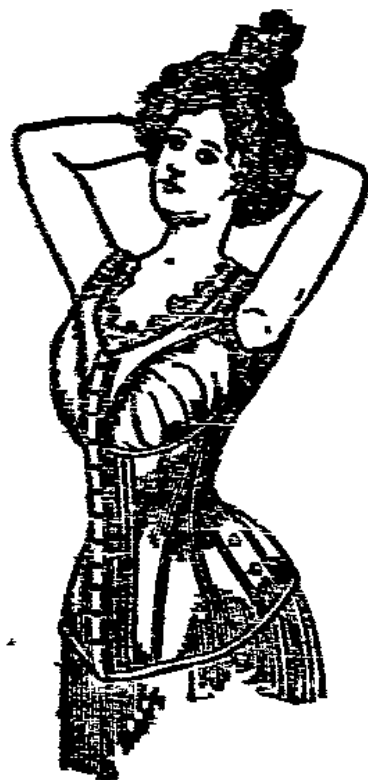
Preis: In hübschem, hellblauen Jacquardstoff **Mr. 5.50**
In Prima naturellem Satin-Drell **Mr. 5.75**



Frack-Korsetts

bejähigen starken Leib ohne den geringsten Druck auf den Magen auszuüben.

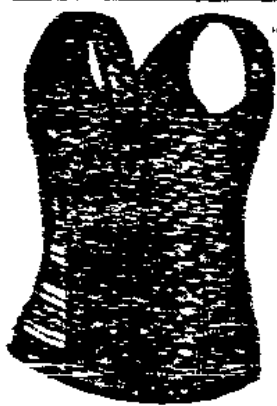
Diana aus gutem Satin-Drell **2.75**
Juno vorzügliches Zwickel-Korsett . . **4.75 5.00**



Reform-Korsett

aus feinem Leder mit herausnehmenden, hoch-elastischen Schienen (daher sehr leicht wachbar). Born zum Knöpfen, Rücken zum Schließen, mit weicher Brust und Köpeltägern. Reform-Korsett gibt dem Körper eine schöne Figur und vollständigen Halt, ohne einen Druck auf die inneren Organe auszuüben. Mit Knöpfen zum Befestigen der Röcke versehen.

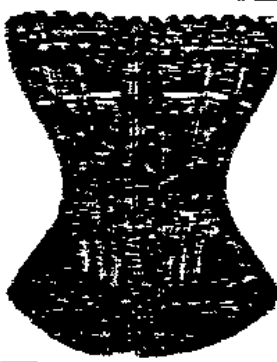
Reform-Jacard . . **3.25**
Mit gerader Front **4.50**



Turn-Korsett

durchaus weiches Korsett für kleine Mädchen, mit Köpeltägern, Nahtlos auf Schärpe gearbeitet, born zum Knöpfen

1.45 1.90



Sport-Korsett

besonders für jugendliche Sportlerinnen. Ganz gearbeitet aus feinstem, durchsichtigem Stoff, born und in den Seiten mit weichen Gummizügen über den Hüften, nicht zu lang und hoch elegant gearbeitet

3.75



Viktoria-Korsett

Stützhaftes, vorzüglich sitzendes Korsett, born mit nur bis in die Taille reichenden Säulen, mit die Hüfte elegant umschlingendem Schürzenband, in der Mitte ungeschwächt, nach Schürzenband mit einem Gummizug versehen

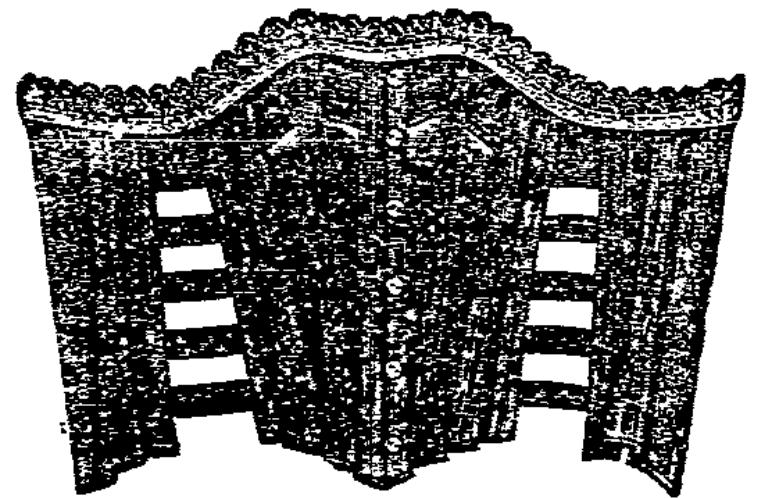
3.25



Plastik Korsett

gibt auch der schwächsten Dame eine absolut formvollendete Figur.

Korsett Plastik verhindert vor allem das unschöne Einfallen der Taille vorn zwischen dem Abschluß des bisherigen Korsetts und der Achsel.
Preis in bester Uhrfeder-Qualität **3.25**

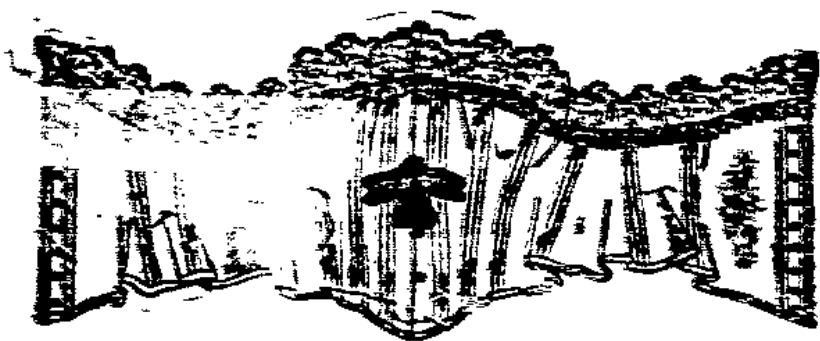


Gesundheits-Korsett

für Magenkranke.

Formlose des sich in den Seiten und auf der Stelle über dem Magen befindlichen elastischen Gummizuges und keiner die Magenenge beengender Bläuelchen, verursacht dieses Korsett nicht den geringsten Druck auf den Magen. Der elastische Gummizug gibt beim leichten Kampfgange nach und gestattet jegliche Bewegung (Hüften z.) ohne den geringsten Druck. Der Schnitt gibt hohe Taille.

2.50

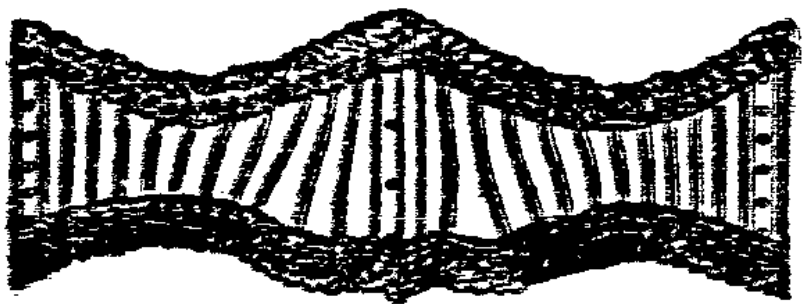


Korsett-Gürtel

Pariser Form

Das beste Korsett ungeschwächt bequem und leicht. Es eignet sich daher vorzüglich für Kinder und Magenschwächer.

75 1.25 1.75 2.25 3.00



Mähr-Korsett 2.25 3.25.

Umstands-Korsett 3.25 4.00